



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

Kiel, 15. Februar 2019

TOP 29: Mindestvergütung für Auszubildende einführen (Drs. 19/1239)

Tobias von Pein:

Wer arbeitet, muss auch davon leben können!

Mit seinen eigenen Händen das Leben meistern können. Selbstständig, frei und emanzipiert. Das ist zentral, wenn wir über Arbeit reden. Wie schrieb noch ein bekannter Ökonom und Philosoph: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, (...). Sie ist dies – neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen [oder anders gesagt; mit Fug und Recht behaupten können]: Sie [die Arbeit] hat den Menschen selbst geschaffen.“

Kurzum: Erwerbsarbeit hat eine zentrale Bedeutung für die soziale Integration von Individuen. Wer arbeitet, muss davon leben können. Dies gilt auch für junge Menschen, die auf eigenen Beinen stehen wollen. Für Auszubildende, die sich vielleicht zum ersten Mal so richtig emanzipieren wollen. An finanziellen Problemen sollte eine Ausbildung nicht scheitern. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten die Mindestvergütung für Auszubildende. Es geht uns darum, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir wollen, dass die Mindestausbildungsvergütung bei 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung des jeweiligen Ausbildungsjahres liegt. Außerdem soll diese mit fortschreitender Berufsausbildung jährlich ansteigen. Eine höhere tarifliche

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Ausbildungsvergütung muss dabei natürlich weiter Vorrang haben. Eine Mindestvergütung ist, wie auch der Mindestlohn, immer nur die absolute Untergrenze und Ausnahme. Damit stehen wir auch fest an der Seite der Gewerkschaften, die für eine faire Entlohnung von Auszubildenden eintritt.

Und solange die Auszubildenden in vielen Bereichen eben noch nicht unter dem Schutz starker Tarifverträge stehen, stellt die Mindestvergütung für Azubis eine notwendige Brücke dar. Respekt und Anerkennung ist dabei das eine; angesichts des Fachkräftemangels geht es aber auch um die Attraktivität von Ausbildungen. Wer eine Ausbildung macht, braucht Planbarkeit und Sicherheit beim Einstieg ins Berufsleben. Wer in der Ausbildung wenig Geld bekommt und darüber hinaus unzufrieden ist, schmeißt schneller hin. Die Abbrecherquote liegt durchschnittlich bei 24 Prozent, in schlecht bezahlten Berufen wie beispielsweise bei Frisuren, Fleischern oder Hotelkaufleuten steigt sie sogar auf rund 30 Prozent an. Mit einer ordentlichen Bezahlung – davon bin ich überzeugt – wird diese Abbrecherquote nach unten gehen. Neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbstverständlich. Der Vorschlag des Bundesbildungsministeriums von 504 Euro im ersten Ausbildungsjahr und in den Folgejahren fünf, zehn und 15 Prozent mehr, reicht nicht. Er verbessert für kaum einen Auszubildenden die Lage und birgt die Gefahr von faktischen Verschlechterungen für viele Auszubildende.

Außerdem soll die Mindestvergütung dem Vorschlag nach an das Schüler -Bafög gekoppelt werden. Das ist sehr kritisch zu sehen. Azubis sind keine Schüler sondern Teil des Betriebspersonals und eine angemessene Ausbildungsvergütung ist keine Sozialleistung! Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine echte Mindestausbildungsvergütung einzusetzen. Wir wollen, dass junge Menschen ein gutes Leben führen können. Unabhängig, selbstbestimmt und abgesichert. Die Mindestvergütung sichert dieses Prinzip nach unten ab und stellt sicher, dass unsere duale Ausbildung auch für angehende Azubis attraktiv bleibt! Wir Sozialdemokraten stehen ohne Wenn und Aber zu dualen Ausbildung und an der Seite der vielen vielen Azubis in unserem Land. Wir wollen echte Verbesserungen erreichen. Die Mindestvergütung wird nach dem Mindestlohn ein weiterer Meilenstein sein um Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen!